

Berliner Tageblatt



Nr. 93

und Handels-Zeitung

Dienstag, 24. Februar 1925

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin.

Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Erkrankung des Reichspräsidenten.

Der gute Verlauf der Operation.

Berlin, 24. Februar. (Jahn Uhr vormittags.) Reichspräsident Ebert ist im Laufe der vergangenen Nacht durch Scheinrat Professor Bier operiert worden. Die Operation, die über eine Stunde dauerte, ist gut verlaufen. Das Befinden des Reichspräsidenten ist freizeigend.

Reichspräsident Ebert mußte sich in der vergangenen Nacht, wie mitgeteilt, einer Operation unterziehen. Der Reichspräsident litt bereits seit längerem an einem Gallenleiden, das sich in der letzten Zeit erheblich verstärkt hatte. Ergeben war die Reichspräsident nicht zu bewegen, sich einer eingehenden ärztlichen Behandlung zu unterziehen, da er eine längere ärztliche Behandlung nicht mit ihm obliegenden staatspolitischen Pflichten zu vereinbaren glaubte. Im Laufe des gestrigen Abends stellten sich aber derartig heftige Schmerzen ein, daß der gerufene Hausarzt, Sanitätsrat Dr. Freudenthal, der den Verdacht einer Blinddarmentzündung schöpfte, sofort einen Spezialisten, Scheinrat Professor Dr. Bier, hinzuzog. Professor Bier erachtete eine Operation für dringend notwendig, und so wurde Reichspräsident Ebert noch am späten Abend in das Weiskamtorium in der Juchowstraße überführt, um kurze Zeit darauf von Professor Bier und dessen Assistenten Dr. Rüttger operiert zu werden. Die Operation konnte nach einer Stunde glücklich beendet werden. Scheinrat Bier fand keine Vermutungen bezüglich und stellte Vermutungen am Blinddarm bei der Operation fest. Das Befinden des Reichspräsidenten wurde gegen mittag als im allgemeinen befriedigend hingestellt, obwohl sein Zustand noch äußerer Beachtung erfordert. Der Patient ist ruhend, wie berichtet wird, außer Lebensgefahr. Im Laufe des Nachmittags wird wiederum ein offizielles Bulletin über den Zustand des Reichspräsidenten ausgegeben werden. Es ist zu hoffen, daß der Reichspräsident sich baldigst wieder erholen wird.

Die Krankheit des Reichspräsidenten.

Von ärztlicher Seite wird uns hierzu geschrieben: Die Blinddarmentzündung, eine häufige, entzündliche Erkrankung im Anfangsstadium des Dickdarms, eine häufige Entzündung, die sich oft in einer fortwährenden operativen Eingriff notwendig, weil die Vereiterung oder der Durchbruch der entzündlichen Vereiterung, die gewöhnlich in der sogenannten Darmfortsatz liegt, zu einer allgemeinen Bauchfellentzündung führen kann. Diese ist eine der schwersten Komplikationen und kann sehr oft die Ursache einer Radikaloperation werden. Es kommt alles darauf an, und darin besteht die diagnostische Kunst, bei der Blinddarmentzündung den richtigen Zeitpunkt zur Operation zu erkennen und sofort, die Erscheinungen einer Bauchfellentzündung da sind, einzugreifen. Die Gefahr besteht in der Diagnose noch dadurch erhöht, daß die Schmerzhaftigkeit der rechten Unterbauchgegend nicht immer so

genau lokalisiert werden kann, daß zum Beispiel eine Erkrankung der Gallenblase mit Sicherheit auszuschließen ist. Vielfach sind die Beschwerden so allgemein in der rechten Bauchgegend, daß weder der Patient noch der untersuchende Arzt in allen Fällen mit der Blinddarm, oder im oberen Teil, wo Leber und Gallenblase liegen, ein fruchtbarer Prognostiker ist. Die rechtzeitige Operation führt fast immer zu einem günstigen Ausgang, und mit der dabei dann üblichen Entfernung des Darmfortsatzes sind natürlich ähnliche Klagen unmöglich gemacht.

Die Stellvertretung durch den Reichskanzler.

Der Reichskanzler, der für die Dauer der Erkrankung des Reichspräsidenten jetzt mit dessen Stellvertretung beauftragt ist, hat nunmehr alle die dem Reichspräsidenten obliegenden Aufgaben zu erledigen. Zuerst fallen der Erlaß von Verordnungen, der Beschluß von Gesetzen, die Ernennung von Beamten, die Ausübung des Begnadigungsrechtes, die Ratifikation von Verträgen und der Beschluß mit ausländischen Diplomaten. Der dabei in Frage kommende Artikel 51 der Weimarer Verfassung sieht die Stellvertretung für kurze Zeit vor. Ein Reichsgesetz über eine auf längere Zeit sich erstreckende Stellvertretung besteht noch nicht, wie überhaupt die Reichsverfassung noch eine Reihe anderer nicht vorgelegter und beschlossener Reichsgesetze zu ihrer Ausführung bedarf.

Die plötzliche Erkrankung des Reichspräsidenten wird in den weitesten Kreisen des In- und Auslandes lebhaftes Interesse hervorgerufen. Herr Ebert hat es durch seine lange politische und gesellschaftliche Juristlaufbahn verdient, sich persönlich große Sympathien und, als Repräsentant des deutschen Volkes, nach außen hin allgemeine Beachtung zu erwerben. Die Reichsparlamente haben allerdings, auf die bevorstehende Ernennung des Reichspräsidenten hin, eine heftige Kampagne gegen seine Person eröffnet. Dabei arbeitet man, wie das seit Jahr und Tag in der Reichsverfassung üblich geworden ist, mit gemeinbar persönlichen Beleidigungen und Verleumdungen. Man braucht bloß an den Verlauf des Abgeordnetenprojektes gegen einen dieser Verleumder und an das schmachvolle Urteil sowie an die böswilligen Verleumdungen erinnern, Herrn Ebert immer wieder in die Garmaffäre hineinzuwerfen. Alle diese verächtlichen Angriffe sind natürlich heillos und damit auch förmlich an Herrn Ebert nicht spurlos vorbeigegangen und haben zweifellos einen ungünstigen Einfluß auf seine Gesundheit ausgeübt, die ohnehin durch ein Gallenleiden seit einiger Zeit in Mitleidenschaft gezogen war. Wir wünschen und hoffen, daß der Reichspräsident von seiner augenblicklichen Krankheit recht bald genesen und die Aufgaben seines hohen Amtes wieder selbst in die Hand nehmen möge.

Mussolinis drei Reformen.

Innerer, Wahlgesetz, Heeresreform. — Der geordnete Senat.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Hans Barth.

Seit Anfang Januar befindet sich Italien wieder einmal unter der Regierung der „Rechten“. Die Rechtsfreiheit ist beschränkt, die übrigen Rechte, deren man sich früher erfreute, desgleichen, und so herrscht denn Ruhe in Rom. Als Grund für ihre „scharfe Manier“ bezeichnet die Regierung die allerdings tagtäglich überschäumende, vor feiner Persönlichkeit, seiner Beschuldigung zurückstehende, Matteotti-Kampagne mit all den Entstellungen und Verleumdungen, die sich an jene Tage abspielten und längst schon ganz andere Leute als nur den leistungstüchtigen Mann herangewagt, und kein Fehler, Senator Albertini, müßten dem Wandel der Zeit erkennen. Und doch hatten „Corriere“ und „Popolo d'Italia“ ein brüderlich vereint am Stränge gezogen, um Italien in den Weltkrieg hineinzuziehen!

Mittlerweile hat sich das Publikum daran gewöhnt, daß Mussolini den Samthandschuh abgelegt hat. Die Presse darf nun Zeit wieder erfinden, ist aber schon geworden, und die Polemik der verschiedenen Richtungen spielt sich in der Art ab wie einst in deutschen Schulen, wenn der Herr Rektor (vgl. Hieronymus Jobs) mit dem Schüler „polkemirte“. Aber bei der letzten Zeit hat der Herr Rektor, wenn auch nur den Worten folgen zu lassen, daß einem Jünger und Seku vergibt, und was der einst unantastbare „Corriere“, vor dem alles auf den Knien lag, erfahren muß, überleitet alle Grenzen. Aber das Wort, das somit so tapfer zu schmalen wurde, schmeißt sich aus oder bezaubert sich auf seine Widersprüche. Eine ernstgesuchte Äußerung ist hingegen der oppositionellen Presse nicht bekommen. Unter solchen Umständen konnte denn der Premier lediglich die Reich erklären in Italien herrsche eine gesunde „ideale Ruhe“, und so ist es auch. Denn wer wagt, sich gegen eine Regierung aufzulehnen, die keinen, abgesehen seiner Gegner von unmittelbarer praktischer Bedeutung hat, die über Krone und Parlament und über alle Machtmittel des Staates verfügt und obenrein über eine ihr blind ergebene „Masse“, von die paar hunderttausend Schwarzgehenden „Mit Söhnen Zogersordenungen und Beihilfen (falls sie nicht beschonungswürdig werden) ist gegen solche Faktoren nichts auszurichten.

Die Part die Stellung der Regierung in Kammer und Senat ist, wie der Senat „im Amt“ werden da alle von der Regierung gewollten Gesetze und Reformen durch- und angenommen. Es ist eine Freude, zu sehen, wie die würdigen Senatoren, die Göttergatte Mussolinis, arbeiten. Drei Reformen von teilweise erheblicher Bedeutung wurden bzw. werden im Palazzo Madama (dem Senat) derzeit erörtert. Bisher zwei sind bereits erledigt und die dritte kommt dieser Tage daran.

Zunächst die Innererichtsreform. Ein Chimborasso neuer Bestimmungen, die der große Philosoph und Innererichtsminister Gerardo in Rom mit Mussolinis ausgearbeitet hat. Es handelt sich da (wir verhehlen den Leser mit Mühseligkeit und Schilbung auf der Steuerungen) im allgemeinen um Neuorganisation der Mittelschulen und der Universitäten. Die Zahl der Mittelschulen wird stark verringert, die Realische durch eine sogenannte Komplementärschule ersetzt, kurz, man will die frühere Richtung von Gelehrten — pro aliarum und insbesondere von Advokaten, verhindern. Zu diesem Zwecke werden die Gynasien erweitert, und außer dem obenstehenden ein Staatskammer eingeführt, das bisher fehlte. Außerdem wird der Religion „ihre Stellung in der Volksschule zurückgegeben“ und ähnliches mehr. All die tausend Einzelheiten dieses geistbeherzigen Ungetüms zu verlesen, ist nur Sachleuten möglich. Dem Senat war nun die Sache, die natürlich zahllose Interessen verletzte und weder bei dem Lehrpersonal noch den Eltern Sympathie fand, sehr peinlich. Aber Mussolini wollte, und obgleich der Senat nicht nach dem Sinne geschickt, noch sonst gemehrgeliebt werden kann, „geheimlich“ er geht zum Reform mit 176 gegen 62 Stimmen.

Nach weniger Senatoren stimmten ein paar Tage nachher gegen die zweite parlamentarische Reform, nämlich gegen das Wahlgesetz. Hier handelte es sich allerdings um die ziemlich allgemein gewünschte Rückkehr zum Proportionalismus zum Einzelwahlkreis. Bei der vor Jahresfrist vom Parlament eingeführten Proportionalreform ergab, daß einer sein ausgeglichene Methode, der Proportionalismus schon von vornherein Befugnisgebung vor allen anderen Parteien. Das veränderte alles, und wurde so dem Senat und der Regierung selbst unangenehm. Darum die Rückkehr zu dem höheren Schichten der Väter, freilich unter Ausschaltung der Reichsbauern und unter Befugnis anderer Kleinrentner, wie der Weltkumme, daß jeder Kandidat über ein Wahlkomitee von 400 notariell beglaubigten Wählern verfügen müsse, die binnen fieber Jahren zusammenzutreten hätten. Die „Stichtagen“ seien immoralisch“, meinte der Minister des Innern im Senat, weil sie Parteien zusammenschließen blögen. Die sich sonst nicht ausfinden können. Nun hatte der Senatsausschuß seine Stimme eben gegen obige zwei Punkte erhoben und ihre Befugnisgebung verlangt, was die Regierung glatt ablehnte, worauf der Ausschluß sich fügte. Seitens der Opposition wird hierzu bemerkt, daß es, wie die

Die Behandlung des Kontrollberichts.

Keine Eile in London.

Die Frage der Verbesserung. — Die Völkerbundkontrolle.

Deutschland und der Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 24. Februar. Es ist möglich, aber bei weitem noch nicht sicher, spricht der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß das Kabinett sich morgen mit der Frage des Berichts der internationalen Kontrollkommission befassen wird. Angeblich ist aber, daß die diplomatischen Maßnahmen getroffen werden würden, die nach dem Empfang des Dokuments von den Alliierten getroffen werden müßten. Eine Verbesserung des Berichts hänge davon ab, ob der britische Generalstab genügend Zeit gehabt habe, um mit dem Studium des Kontrollberichts fertig zu werden. Nebenfalls läßt sich darüber freieren, ob der Bericht so wichtig ist, daß seine Weitergabe in Aussicht genommenen Verträgen über die Zusatzanträge zum Genfer Protokoll übertragen werden müßten.

Der Korrespondent schreibt der Korrespondent, es ist nicht unbedingt notwendig, daß Außen Chamberlain seine Rede nach Genf unterbreche, um sich in Paris mit dem Bericht zu besprechen. Es habe dies bei seiner ersten Reise zu der Völkerbundkontrolle nach Genf gemacht, weil es ihm darauf ankam, sich mit dem französischen Premierminister, der zugleich Außenminister ist, möglichst schnell in persönliche Verbindung zu treten. Aber diesmal würde er es nur dann tun, wenn gegen Ende der nächsten Woche die technischen und andere internationalen Verträge hinsichtlich des Kontrollberichts und seiner Anlagen sowie vorläufigen Bericht, daß man sich von einem persönlichen Gebotenaustausch Resultate besprechen könne. In einem anderen Falle würde Chamberlain es vielleicht vorziehen, bei seiner nächsten Reise nach Genf einen Besuch abzustatten, wo einer der Hauptpunkte der Tagesordnung des Völkerbundes die Ausarbeitung eines Planes für die künftige Entwaffnungskontrolle des Völkerbundes sein würde. Die wichtigste Frage in diesem Plan sei die, daß Einkinnigt mit

Völkerbundsrat notwendig sein würde, um gegenüber einem Staate, bei dem der Völkerbund ein Vergehen festgestellt hat, zu Sanktionen schreiten zu können. Dieser Punkt sei von allergrößter Wichtigkeit hinsichtlich der Frage der autonomen Sanktionen unter dem Genfer Protokoll. Man lie hier der Meinung, daß die britische Delegation nicht vorläufig fertig ist in der Frage des Einkinnigt mit

Der Korrespondent beschäftigt sich jedoch noch einmal mit der Frage der Verbesserung des Berichts. Im Augenblick herrsche in Paris die Tendenz, den Bericht selbst ganz, aber nur Auszüge aus seinen umfangreichen Anlagen zu veröffentlichen. Die englische öffentliche Meinung widerlege sich aber auf das Entschiedenste einem solchen Vorhange, da man unter den gegenwärtigen Umständen wissen will, inwieweit die Beschäfte der Kommission durch die Zeitlächen gerechtfertigt werden. Der Korrespondent betont noch einmal: Der Bericht müsse ganz oder gar nicht veröffentlicht werden. Es sei einfach unangelegentlich, daß man ihn der Welt voranstellen wolle. Der Korrespondent stellt hinzu, daß noch endlosen Verzögerungen das deutsche Memorandum, das im Herbst des Völkerbundsreferatariats und der Regierung, die im Völkerbundsrat vertreten sind, überreicht wurde, endlich offiziell in die Tagesordnung der im nächsten Monat stattfindenden Völkerbundversammlung aufgenommen worden ist. In diesem Memorandum stellte Deutschland in Bezug auf seine Stellung sich einmaliges Mitglied des Völkerbundes verschiedene Fragen. Der Korrespondent glaubt, daß, da die Frage hinsichtlich der Mitgliedschaft vor die allgemeine Völkerbundsversammlung gehörte, der Völkerbundsrat nicht nur akademisch mit dieser Frage beschäftigt sein könne, wenn er sie nicht der nächsten allgemeinen Völkerbundversammlung überlassen werde.

2. Paris, 24. Februar. (Privattelegramm.) Der Präsident des Danziger Freistaates, Dr. Sahn, ist auf der Rückreise von London, wo er über eine Anleihe für den Freistaat Danzig erfolgreich verhandelt hat. In Paris eingetroffen und hält sich hier zwei Tage auf.